

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 17.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldbewegungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln, den 23. April 1915.

Inserentenpreis für die viersp. Zeitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Bismarckwall 2. Telefonruf B. 1545. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

16. Jahrg.

## Zur Arbeitsnachweisfrage.

Die Kriegszeit ist an und für sich wenig geeignet zur Durchführung großer sozialer Reformen die dauernden Bestand haben sollen. Dessen sind sich auch die Arbeiter wohl bewusst. Ihre Wünsche an Staat und Gesetzgebung in der Kriegszeit beschränken sich deshalb auch fast nur auf Maßnahmen, die eine Beseitigung zeitiger, durch den Krieg verachteter Notstände herbeiführen sollen. Eine Ausnahme bildet die gemeinsame Petition aller größeren Gewerkschaften Deutschlands an Reichstag und Bundesrat zur geordneten Organisation der Arbeitsnachweise. Aber auch dieses Erlangen wurde geboren aus der Not des Krieges, aus dem Gedanken, daß beim Zurückfluten unserer Krieger in den zerbauten Erwerb eine brauchbare Uebersicht über den Arbeitsmarkt zur Vermeidung innerer Kriegen von der größten Bedeutung ist.

Der Reichskanzler erkannte in der Unterredung, die er den Vertretern der Gewerkschaftsgruppen gewährte, den Wunsch nach einer gezielten Regelung des Arbeitsnachweiswesens vollständig berechtigt an, verhehlte jedoch nicht, daß zur Erfüllung des Wunsches erhebliche Schwierigkeiten beständen. Am Reichstage hat der Stellvertreter des Reichskanzlers ebenfalls auf die Schwierigkeiten hingewiesen und deshalb irgendwelche Versprechungen nicht gemacht. Es ist ja auch nicht zu verkennen, daß die Materie an und für sich schon erhebliche Arbeit zu ihrer Bewältigung erfordert. Eine gesetzliche Regelung setzt auch weitgehende Neuschaffungen von Verwaltungsorganen voraus, an die die Regierung schon jetzt so wenig mit besonderer Eile herantreten wird, als die durch die Reichsversicherungsordnung bedingten weitgehenden Neugestaltungen eben erst beendet sind. Dazu der Reichskanzler die Rechte zur praktischen Durchführung sozialer Reformen entzieht und uns über die Zukunft unseres wirtschaftlichen und damit auch sozialen Lebens in Ungewissheit hält. Gar nicht zu reden von den Begnern der kräftigen Sozialreform, die auch nicht während des Krieges und ganz besonders nicht bei Erörterung der Arbeitsnachweisfrage müßig sind. Besten Endes sind aber alle Schwierigkeiten nur da, um überwunden zu werden. Und die Arbeitsnachweisfrage ist für unser ganzes öffentliches Leben von solcher Bedeutung, daß zu ihrer Regelung selbst die größte Hindernisse nicht abschrecken sollte.

Man hätte erwarten dürfen, daß das gemeinsame Vorhaben der Gewerkschaftsgruppen die Regierung stellen zu ihrer größten Bereitwilligkeit bestimmt haben würde. Wenn diese Hoffnungen nicht erfüllt, so liegt ein wesentlicher Grund dafür in dem Verhalten der freien Gewerkschaften der sozialdemokratischen Partei. Gleich als die gemeinsamen Beschlüsse der Gewerkschaftsgruppen in die Presse kamen, meinte es die „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht unzulässig zu erklären, daß eigentlich gar keine Einigkeit unter den Gewerkschaftsgruppen bestehe. Aus purem Eigennutz, so schrieb sie, lehnen christliche und Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaften ab, die vom sozialdemokratischen Standpunkte der freien Gewerkschaften aus notwendigen Forderungen zu unterliegen. Eine Förderung des gemeinsamen Zieles war diese völlig unangebrachte Polemik der Holzarbeiter-Zeitung gewiss nicht. Dann kam die gemeinsame Petition in der großen Kommission des Reichstages zur Beratung. Und das Ergebnis? Die politische Vertretung der freien Gewerkschaften, die Sozialdemokratie, hörte sich nicht an die gemeinsame Eingabe, sondern erhob Beschlüsse zu einem Antrage, die lediglich einer Konferenz der freien Gewerkschaften Annahme geben hatten. Die gemeinsamen Beschlüsse, die doch nur deshalb gemeinsam ausgearbeitet und eingereicht waren, um ihr größtes Durchschlagsvermögen zu sichern, ließ die Sozialdemokratie glatt unter den Tisch fallen. Man hörte sich nicht geringen daran, daß durch eine Verfechtung der gemeinsamen Mindestforderungen eine gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweiswesens am ehesten erreichbar schien. Strupellos konnte man sich über die gemeinsame Petition hinweg und erheben damit die Zweispaltigkeit über Vernunft und Treue. Was schließlich, daß man sich selbst ohrfeigte, wenn nur versucht werde, die günstige politische Konjunktur für die Sozialdemokratie wahrzunehmen. Es liegen nun einmal die Dinge so, daß der Kriegsozialismus des Reiches einen erheblichen Teil der Sozialdemokraten so befangen gemacht hat, daß sie eben, der Anfang vom Zukunftsstaat sei gekommen, und dürfe es zur vollständigen Etablierung der sozialistischen Gesellschaft nur ihres nachdrücklichsten Wunsches. So hat man ansehend auch in der Arbeitsnachweisfrage gedacht dem Erfolg, daß die hierdurch bekundete „Einmütigkeit“ der gesamten organisierten Arbeiterschaft Deutschlands, der Anfang vom künftigen Ende der gemeinsamen Arbeitsnachweisaktion wurde. Die große Kommission des Reichstages hat zwar die sozialdemokratischen Beschlüsse ab und nahm gemeinsamen an. Mit der Billigung der letzteren war's aber vorbei.

Vorläufig ist, dank der sozialdemokratischen Taktik, wohl nicht zu erwarten, daß die Regierung mit fester Hand eingreifen und dem Reichstage einen Gesetzentwurf über die Organisation der Arbeitsnachweise zugehen läßt. Es vermag sich darum auch nicht, wenn die „Holzarbeiter-Zeitung“ die selbst eingeleitete Forderung der auf die gemeinsame Arbeit geleiteten Hoffnungen vollendet. Damit aber der Anschein erweckt wird, die Zweirachsfäher und Burgfriedensförderer seien wo anders zu suchen, hüllt sich die Holzarbeiter-Zeitung in die Maske des Ultralisten, der nie etwas anderes gewollt hat, als sein ganzes Dasein der nothleidenden Mitwelt zu opfern. Und es gibt leider Gottes Leute genug, die solchen Beteuerungen glauben, die der Meinung sind, daß in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung nur der eine große Gedanke regiere, wie der Not des Volkes zu steuern sei, während man es im christlichen und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaftslager mit Quertreibern zu tun habe, die, derweil sie unfähig seien einen großen Gedanken zu fassen, die Arbeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften durch kleinliche Nörgereien und Fälschereien erschweren. „Die Holzarbeiter-Zeitung“ macht's ihnen ja so schön plausibel. Man höre nur:

Wir sind bereit unsere eigenen Einrichtungen zu opfern im Interesse einer Gesundung des gesamten Arbeitsnachweiswesens. Wenn die Christen erklären — und der christliche „Holzarbeiter“ hat das offen zum Ausdruck gebracht — auf ihre gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise nicht verzichten zu wollen, so wirft das ein recht merkwürdiges Licht auf die Bereitwilligkeit, mit der sie die Forderung nach Vereinheitlichung und gesetzlicher Regelung der Arbeitsvermittlung an sich unterließen. Hoffen sie auf eine gesetzliche Regelung nur für die — anderen, um desto ungeförter die Nebenwege, die sie mit der Arbeitsvermittlung verbinden, verfolgen zu können?“

„Es ist uns nicht unbekannt, daß gerade gewisse christliche Gewerkschaften die Arbeitsvermittlung in einem solchen Umfange für ihre agitatorischen und organisatorischen Sonderinteressen braucht haben, daß es einer Erörterung ihrer Existenz gefährlich wäre, wenn ein solcher Mißbrauch in Zukunft verhindert würde. Daher der verzweifelte Kampf gegen den Grundsatz der Gemeinnützigkeit — die Neigerungen des christlichen „Holzarbeiter“ — sind ein offenkundiger Beweis dafür, daß die verschiedenen Interessengruppen nicht freiwillig darauf verzichten wollen, den Arbeitsnachweis zum Tummelplatz ihrer Sonderinteressen zu benutzen, die in schroffem Widerspruch stehen zu den Aufgaben der Arbeitsvermittlung. Um so dringender ist eine gesetzliche Regelung in einer Form notwendig, die alle Nebenwege beim Arbeitsnachweis ein für alle mal ausschließt.“ (Holzarbeiter-Ztg. Nr. 12.)

Und gebrüllt Löwe! Doch zunächst die Frage: Haben die Vertreter der sozialdemokratischen Bewegung im Reichstage die von ihnen selbst mitwirkende Petition etwa deshalb unter den Tisch fallen lassen, weil sie etwa eingesehen haben, daß sie bei der Abfassung nicht aufgepaßt haben? Dann unser Beileid zu dieser Blamage.

Dann aber die andere Seite: In der Holzarbeiter-Zeitung wird vollständig verschwiegen, daß die christlichen Gewerkschaften zur vollständigen Aufgabe ihrer Arbeitsvermittlung bereit sind, wenn auf der anderen Seite die freien Gewerkschaften den paritätisch-fachlichen Tarifarbeitsnachweis aufgeben. Die christlichen Gewerkschaften wollen nur öffentlich-paritätische Arbeitsnachweise. Damit sind aber die freien Gewerkschaften nicht zufrieden. Wo sie sich stark genug fühlen, wollen sie nach wie vor die Arbeitgeber und die Minderheitsorganisationen der Arbeiter zwingen, tarifliche Facharbeitsnachweise anzuerkennen und zu benutzen. Warum man dieses Sonderrecht beansprucht, ergibt sich aus der klarliegenden Tatsache, daß z. B. ein einziger großstädtischer tariflicher Facharbeitsnachweis im Holzgewerbe dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverbande größere agitatorische und organisatorische Dienste leistet als wie die gesamte eigne gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter dieses Landes. Hier liegt der Pudels Kern. Mit Hilfe einer Parität, die in der Praxis keine Parität ist, will man im sozialdemokratischen Lager die eigne Macht durch den Tarifarbeitsnachweis erhöhen, während andererseits die Minderheitsorganisationen durch die Aufgabe ihrer eignen und die Benutzung der paritätischen Facharbeitsnachweise vollständig an die Wand gedrückt werden sollen. Darum ist man mit dem öffentlich-paritätischen Nachweis allein nicht zufrieden. Bietet dieser für letzteren Zweck doch nicht die genügenden Garantien. Statt dieses offen zuzugeben, verdächtigt man andere, den Grundsatz der Gemeinnützigkeit nicht zu achten und den Eigennutz als erstes Gebot aufzustellen. Was die Holzarbeiter-Zeitung über den Mißbrauch des Arbeitsnachweises durch christliche Gewerkschaften sagt, sind nichts wie Nebenarten, hinter denen sich die Wat verbirgt, daß man es noch nicht zur Arbeiterschaft gebracht hat. Man bemerke es eben allgemein als einen „Mißbrauch“ des Arbeitsnachweises durch die christlichen Gewerkschaften, daß diese beabsichtigen, arbeitstenden Mitgliedern passende Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Nicht kann man es verstehen, daß die christlich-

nationalen Arbeiter nicht gewillt sind, sich der sozialdemokratischen Herrschaft willenlos unterzuordnen. Ja, man stellt es gar als eine Verfündigung an den Arbeiterinteressen hin, wenn der „Holzarbeiter“ die soziale Einsicht, die sich bei Arbeitgebern findet, anerkennt, während die brutale Unterdrückung der Koalitionsfreiheit durch sozialdemokratische Gewerkschaftler als das was sie ist geschildert wird.

Der Kampf mit der anmaßenden sozialdemokratischen Organisation, die unser Verband schon seit einem halben Menschenalter leider Gottes führen muß, wird, wie die ganzen Ausführungen der Holzarbeiter-Zeitung in der Arbeitsnachweisfrage erkennen lassen, auch in Zukunft notwendig sein. Der Krieg hat im sozialdemokratischen Lager eben längst nicht die erzieherische Wirkung ausgeübt, als manche wohlmeinenden Politiker und Sozialreformer glauben. Wir haben deshalb allen Grund, zu sorgen, daß auch nach dem Kriege eine starke christlich-nationale Organisation der Holzarbeiter besteht, die in der Lage ist, die beruflichen Interessen all jener Holzarbeiter wahrzunehmen, die mit der Umgestaltung der Verhältnisse nach sozialdemokratischen Grundgedanken nicht einverstanden sind.

## Lebensstellung!

So mancher unorganisierte Holzarbeiter erwidert uns auf die Frage, warum er sich nicht mit seinen Mitarbeitern zusammenschließt: „Ach, ich habe mein Auskommen. Ich bin schon so lange bei der Firma und bin ohne Verband ausgekommen; ich werde es auch in der Zukunft.“ Dieselben Einwände machte in Breslau auch der Tischler R. in der Fabrik von Gebr. Bauer Hohlferant. Zweihundertzwei Jahre hatte er treu und brav seine Arbeit zur Zufriedenheit der Firma geleistet. Er hatte „Lebensstellung“ und brauchte deshalb keinen Verband. Der Kollege wurde älter und älter. Er sah wie andere alte Mitarbeiter eines Tages krank wurden. Sie wurden während der Krankheitszeit von der Firma entlassen mit der Bemerkung, wenn sie wieder gesund seien, möchten sie sich wieder melden. Bei der Meldung war dann fast immer kein Bedürfnis nach Arbeit vorhanden. R. sah dieses alles, aber er, er hatte ja „Lebensstellung“. So vergingen die Jahre und zählte R. nun bereits 71 Jahre. Da kam der Krieg. Ja, später werden viele Erzählungen mit den Worten anfangen: Da kam der Krieg. Er zerstörte so manche Hoffnungen. Auch unserem R. ging es so. Der Krieg brachte ihm die Entlassung. Die Millionenfirma Gebr. Bauer hatte für den alten Gesellen, der 42 Jahre für sie treu und brav gearbeitet hatte, keine Lebensstellung, sondern entließ ihn genau so wie auch die früheren alten Arbeiter.

Der Kollege meldete sich beim Nationalen Frauendienst um Unterstützung. Dessenartige Müßigkeit muß ersehen, was eine Millionenfirma nicht kann, muß dazu beitragen, daß der Kollege nicht verhungert. Der Vorsitzende der Arbeitslosenfürsorgekommission des nationalen Frauendienstes, Herr Magistrat Wozniaga hielt es nicht für möglich, daß die Firma Bauer so verfahren könne und wandte sich brieflich an die Firma um Aufklärung. Bis heute fehlt noch jede Antwort auf den Brief. Das mußten Eingeweihte im voraus, daß die Antwort ausbliebe.

O ihr alten Phantasten, die ihr von „Lebensstellung“ träumt! Seht ihr denn nicht, wie die rauhe Wirklichkeit ganz anders ist, wie der Fabrikant keine Rücksicht auf langjährige treue Dienste nimmt und gerade die alten Kollegen bei der ersten besten Gelegenheit auf die Straße setzt? Kürzlich erst konnten wir einem alten Breslauer Tischler für über vierzigjährige Dienstzeit bei einem Arbeitgeber, die silberne Medaille verschaffen. Der Arbeitgeber hat auch an die Medaille nicht gedacht, als er diesen Alten entließ.

In einem besonders traffen Falle werden noch Ermittlungen durch unser Breslauer Verbandssekretariat angestellt. Da war auch ein 70jähriger der seine Entlassung bekommen sollte. Als er den Werführer fragte, was er denn nun anfangen solle, bekam er die brutale Antwort: „Dann nimm einen Strick und häng Dich uff.“ Das soll also der Lohn für vierzigjährige Arbeitsleistung sein? „Nimm ein Strick und häng Dich uff.“ Pfui Teufel!

Unsere Mitglieder mögen mit diesen hier gezeichneten Fällen einmal an die Alten herantreten und sie fragen, ob sie wirklich noch an Lebensstellungen glauben. So mancher könnte uns gewiß ein böses Kapitel über Lebensstellung erzählen. Mithilfe diese Phantasten der „Lebensstellung“ auf und führt sie unserer Organisation zu! Nur mit Hilfe des Verbandes wird es möglich sein, solche Zustände zu schaffen, daß die Kollegen es nicht notwendig haben, in ihren alten Tagen an die öffentliche Müßigkeit zu appellieren. P. S.

# Freiwillige Kriegsspende

Verbandsmitglieder! Denkt an Eure in Not geratenen Kollegen und deren Familie. In ihrem Besten opfert wöchentlich wenigstens 25 Pfg. für eine Kriegsspende-Mark.

## Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 17. Wochenbeitrag im Jahre 1915 für die Zeit vom 18. April bis 25. April fällig ist.

Verbandsratifik. An die rechtzeitige Einfindung der Arbeitslosenmeldefarte für den Monat April, sowie den Fragebogen über den Stand des Verbandes Ende April, wird erinnert.



## Unsere Helden.

### Den Heldentod fürs Vaterland

Namen unsere Verbandsmitglieder:

- Richard Fries, Vertrauensmann der Ortsgruppe Steele, gefallen am 23. März 1915 in Flandern.
- Josef Kracht, Vertrauensmann der Zahlstelle Bonn, gestorben am 26. März 1915 im Kriegslazarett zu Rossbach.
- Richard Berninger, Mitglied der Zahlstelle Köln, gefallen am 20. Februar 1915 in Nordfrankreich.
- Josef Ströbinger, Mitglied der Zahlstelle Köln.
- Josef Frenzen, Mitglied der Zahlstelle Bonn, gefallen am 5. März 1915 in Rußisch-Polen.
- Albert Dietrich, Mitglied der Zahlstelle Freiburg i. B., gestorben am 18. März 1915 an den Folgen der im Felde erlittenen Verwundung im Reservelazarett zu Frankfurt a. Main.
- Wilhelm Dürr, Mitglied der Zahlstelle Stuttgart, gefallen im August 1914 bei Saragossa.
- Michael Haug, Mitglied der Zahlstelle Stuttgart, gefallen im Januar 1915.
- Dietrich Brand, Mitglied der Zahlstelle Selskirchen, gefallen am 8. April 1915 in Nordfrankreich.

Den Heldentod fürs Vaterland fanden bisher 322 Verbandsmitglieder. Das Andenken dieser Tapferen wird im Verband alljährig in Ehren gehalten werden.

### Das Eiserne Kreuz

erhielt für persönliche Tapferkeit vor dem Feinde unser Verbandsmitglied

Karl Jöggel, Mitglied der Kölner Posterguppe.

## Rundschau.

**Airdorf der Schatzmacher.** In der Generalversammlung der Aktionäre des Selskirchener Bergwerksvereins v. 17. April d. J. erging sich dessen Generaldirektor Dr. Emil Airdorf, von dem das bekannte Wort stammt, die christlichen Gewerkschaften wären schlimmer als die roten, in längeren Ausführungen über die Beziehungen zwischen Krieg und dem von ihm geleiteten Unternehmen. U. a. erklärte Airdorf (R. B. N. 314):

Doch aller Rechte dürfte es zu wünschen sein, daß es uns gelingen würde, den Umfang des Betriebes, welcher sich auf den Eisenwerken, wie z. B. auf der Kesselfabrik in den Monaten August und September auf 21% befrachten sollte, nach und nach wieder bis auf 60% zu erhöhen, die Förderung von Kohlen, die bis auf 50-57% zurückgegangen ist, bis auf 70% und die Erzeugung von Koks, die vorher schon sehr mangelnd war, bis auf 75% zu heben.

Im weiteren Teil seiner Rede sprach er über den Erwerb von Eisenwerken durch die Arbeiter, die er als die beste Lösung der Arbeitslosenfrage bezeichnete. Er erklärte, daß die Arbeiter, die den Betrieb zu erweitern, sei auch durch den Krieg geboten, der auf der ganzen Linie sehr kostbar sei. Er erklärte, daß es erforderlich sei, daß auf ein Verbot der Landesverteidigung zu dienen, und nur eine

zum Teil nicht genügende Belegschaft hindere die Erzeugung, die Erzeugung noch weiter zu steigern. Die Arbeiter seien vor einiger Zeit aus den einheimischen Betrieben in die Bergwerke zurückgegeben worden. Aus dem Elbengebiet wurden ferner der Gesellschaft diejenigen Landsturmlente zurückgegeben, welche als Facharbeiter im Bergbau und im Hüttenwesen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit dienen könnten. Die Gesellschaft hoffe, damit weitere Erhöhung der Leistung des Betriebes erzielen zu können und so das Unternehmen der Aufgaben der Landesverteidigung noch mehr dienlich zu machen, was schließlich ja auch der Gesellschaft und den Aktionären zugute kommen werde.

Voraussetzung dabei sei, daß die Arbeitswilligkeit auch in dem Maße bestehen bleibe, wie sie bisher festgestellt werden konnte. Die Verwaltung vertraue darauf, daß sich bei der Bewährung vaterländischen Gesinnung der Arbeiter diese Hoffnung erfüllen werde. Die Möglichkeit, nicht die Befürchtung, daß darin Aenderungen eintreten könnten, liege in der außerordentlich engen Fühlungnahme des Staatssekretärs des Innern und des Handelsministers mit den Vertretern der sog. „Arbeiterorganisationen“. Namentlich der Handelsminister pflege jene Fühlung außerordentlich rege und habe auch schon versucht, die Gesellschaft dazu mit heranzuziehen, was der Verwaltung außerordentlich bedenklich erscheine. Man müsse sich bei den Verhandlungen zwischen dem Handelsminister und den Verbänden der Arbeiter doch die Möglichkeit vor Augen halten, daß sie ein anderes Ergebnis haben könnten, als der Handelsminister meine. Die Verwaltung sei vom vaterländischen Geist der Arbeiter überzeugt. Leute, die zur friedlichen Arbeit zurückberufen werden sollten, hätten sich vielfach dagegen gewehrt und lieber ihrer Wehrpflicht genügen wollen. In einer solchen Arbeiterschaft werde der vaterländische Geist immer wirksam bleiben. Aber wenn man, wie es jetzt der Fall sei, beständig bemüht bleibe, die Arbeiter zu beruhigen, so könnte es ihnen doch das Gefühl erwachsen, verpflichtet zu sein, etwas unruhig zu werden. Die Verwaltung lebe der Hoffnung, daß dies nicht eintreten werde. Zu bebauern sei jedoch, daß die Regierung Wege einschlüge, die von allen denjenigen, die auf eine lange Gefährdung im Wirtschaftsleben zurückblicken, für falsch gehalten würden.

Herr Airdorf ist also vom vaterländischen Sinne der Arbeiter überzeugt, verlangt aber trotzdem, daß die Minister mit den „Arbeiterorganisationen“ jegliches Paktieren abzulehnen haben. Ein Glück, daß unsere leitende Staatsmänner etwas mehr Einsicht haben, als Herr Airdorf.

**Solidarische Kriegsarbeit.** Die Ortsgruppe der christlichen Tabakarbeiter in Kaldenkirchen hat eine Einrichtung geschaffen, die in ländlichen Bezirken allenthalben Nachahmung verdient. Sie haben nämlich eine Arbeitskompanie gebildet mit der Aufgabe, den Familien der im Felde stehenden Kollegen bei den Garten- und Feldarbeiten kostenlose Hilfe zu leisten. Allen Mitgliedern der Ortsgruppe wurden Listen zum Einzeichnen für diese kollegiale Hilfsbereitschaft vorgelegt. Wie die zum Kriegsdienst einberufenen Kameraden den Feind von den Grenzen des Vaterlandes fernhalten, so müssen die Dabeingebliebenen ihre Pflicht erfüllen und dafür sorgen, daß kein Fleckchen Land brach liegen bleibt. Damit helfen wir der Flut unserer Feinde, insbesondere der Engländer, vorzudringen, die uns vermittelst Abschneidung der Zufuhr durch den Hunger bezwingen wollen. Das Verbandsorgan der Tabakarbeiter richtet an die übrigen Ortsgruppen des Verbandes das Ersuchen, das Beispiel der Kaldenkirchener Mitglieder nachzuahmen; eine Anregung, die das Zentralblatt auf alle Berufsverbände der christlichen Arbeiterbewegung ausdehnt.

**Fort mit dem Schnaps.** Gegen die weitere Trinkbranntweinverteilung während des Krieges wendet sich eine an die Reichsleitung gerichtete Eingabe des Kriegsausschusses für Konsumgüterinteressen. Die Petition geht davon aus, daß

nach den Berichten in der Spirituszentrale in den Monaten wieder eine starke Steigerung des Verbrauches an technischem Spirit und auch an Trinkbranntwein stattgefunden habe. Das ergebe sich am besten aus den viermaligen Erhöhungen der Zentrale seit dem 16. Oktober 1914. Die laufenden nötigen Spirituslieferungen für gewerbliche Zwecke sicherzustellen, habe die Spirituszentrale sogar Einschränkung des Spiritusverkaufs an Destillateure auf Prozent ihres bisherigen Bedarfs, (neuerdings freilich in besonderen Fällen wieder auf etwas mehr), eintreten lassen. Ferner sei infolge des Mehrverbrauchs an Trinkbranntwein die Erhöhung des Durchschnittsbrandes von 60 auf 70 Prozent bei einigen Brennereigruppen sogar auf 100 Prozent durch Bundesratsverordnung vorgeschrieben worden. Wenn in den Februarverordnungen der Reichsleitung ein gewisses Schutz des Getreides und der Kartoffeln vor der zu starken Verwendung zur Herstellung des neu zugelassenen Branntweinkontingentes — mehr als ein Sechstel der bisherigen Menge — liegt, so bestrebe doch für wichtige Nähr- und Futtermittel wie Zucker, Rüben, Melasse und dergl. in unserer Zeit unendlichster Nahrungsmittelknappheit trotz des Schlemmerwinnens eine große Verlustgefahr. Die Eingabe fordert ein sofortiges völliges Verbot der Herstellung von Trinkbranntwein und eine Vergällung sämtlicher noch nicht für Zwecke zubereiteten Spiritusvorräte. Durch eine solche Regelung würde mit einem Schläge mehr Spiritusmengen gewerbliche Verwendungszwecke freigegeben, als selbst Erhöhung des Durchschnittsbrandes gewonnen werden könnte. Vielleicht sei es dann sogar möglich, unter die von der Regierung am 15. Oktober vorgeschriebene Schranke heranzugehen, und damit erhebliche Kartoffelmengen für andere Verwendungszwecke freizumachen. Vor allem würde ein Verbot der Schnaps Herstellung ein großer moralischer Erfolg in der Bevölkerung erzielt werden. Denn das größte Hindernis bei der Massenaufklärung über die Notwendigkeit sparsamsten Lebensmittelsverbrauchs und über die Unzulässigkeit der Getreide- und Kartoffelverfälschung war bisher Gedankengang: „Erst einmal die Regierung das brennende ungehäthete Feinere Nährprodukte zu Schnaps hindern und zeigen, daß es mit unserem täglichen Brot nicht schlimm steht, dann wollen wir gern den Schnaps einengen.“

## Berichte aus den Zahlstellen.

**Schneidemühl.** „Rast ich, so rost ich!“ Dieses Sprichwort trifft auch auf unsere Zahlstelle zu. Jahrelang vegetierten auf reinem Boden dahin, ohne daß es uns gelungen wäre vorwärts zu kommen. Der Ausbruch des Krieges wurde hier die Militär-Fliegerkaserne gebaut, wodurch ein Zustrom auswärtiger Arbeiter stattfand. Damit zog auch ein Leben in unsere Zahlstelle ein. Langsam aber stetig steigend unsere Mitgliederzahl. Am Dienstag den 23. März fand eine diesjährige Generalversammlung statt, welche fast von allen Mitgliedern besucht war. Bezirksvorsitzender Kollege Warnke dankte herzlich und leitete die Versammlung. Er gedachte kurzen Worten unseres Bezirkssekretärs Kollegen Knodde über den bekannlichen Heldentod in Rußland starb. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren des Gefallenen von den Plätzen. Es wurde zur Vorstandswahl geschritten. Als erster Vorsitzender wurde gewählt Kollege Ewert, als zweiter Kollege Duiß, Kassierer Kollege Krüger und als Schriftführer Kollege E. Camm. Nach der Wahl sprach Kollege Warnke von den Pflichten des Vorstandes. Diese Pflichten sind Arbeitsposten und Ehrenposten. Jedes Vorstandsmitglied und auch jedes Mitglied müsse jetzt an der Ausbreitung unseres Verbandes Hochdruck arbeiten. — Den roten Holzarbeitern scheint die Agitation nicht zu passen. Sie glauben anscheinend nur in der Fliegerkaserne arbeiten und herrschen zu dürfen. In diesem Glauben von den Werksmeistern unterstützt wollen wir nicht unterliegen. Auf den Abort wird Schmierfinken an den Wänden bekanntgegeben, es dürfte nicht den christlichen Verband agilität werden, wenn trotzdem agilität, so werde ihm das Kreuz entweiht geschlagen. In solchen Terrorzuständen werden wir uns schon zu wehren wissen. Der rote Hauptverband in Berlin, gegen ein solches Geseiner Getreuen nicht Einspruch erhebt? Wir sind der Auffassung, daß derartige Dinge von keinem Verbandsvorstand gebildet werden dürfen. Wir werden vorerst abwarten, was von dieser Seite kommen wird. Für uns ergibt sich jetzt die Pflicht, nun recht für unsern Verband zu arbeiten.

**Gemeinnützige**



**Deutsche Volksversicherung**

des

**Zentralverbandes christl. Holzarbeiter Deutschlands**

**Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.**

**TAGES-KURSE FÜR SCHREINER**

(44 Std. wöchl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buchf. Gesch. brieftw. u. d. Wechselkde., Rechnen, Kalkul., Fläch- u. Körperberechnung, gewerbliche Gesetzeskde., Stil u. Formenl. Mat., Werkz., Maschinenkunde, Freihandz., Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTERSCHULUNG vor. Meistersstück kann in der Schule angefertigt werden. EINTRITT und Austritt jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis.

PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlottenstr. 87. Der Direktion.

**Bleistifte**

**Metermasse, Notizbücher**

Wassers zum Verkauf in den Zahlstellen preiswert u. gut. Muster-Souvenir von Bleistiften geg. Einsendung v. 1 M. in Briefmarken. Lieferant der Zahlstelle Köln des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

**H. Melchers, Köln-Nippes Bülberstr. 17.**

**Eingelegte Journiere für städtische, Schatullen und Füllung**

Musterbogen gegen 50 Pfg. in Briefmarken. Zahlreiche Anfertigungsmuster.

**Carl H. Biker, Maxqu. Weidberg, Theaterstr.**